



Berlin, 07. Juli 2008

Anschlag auf Polizeiausbilder verdeutlicht eskalierende Sicherheitslage in Afghanistan

Berlin. Der Anschlag auf ein mit drei deutschen Polizeibeamten besetztes Auto in der Nähe der afghanischen Stadt Kundus zeige, so der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Konrad Freiberg, auf drastische Art, dass die dort eingesetzten Polizeiausbilder ständig Leib und Leben riskieren. Freiberg, der den zwei verletzten Kollegen eine baldige Genesung wünschte, sagte: „Glücklicherweise hat das gepanzerte Auto Schlimmeres abgewendet, doch können wir nicht immer darauf setzen, dass durch einen günstigen Zufall schwerste Verletzungen oder sogar der Tod deutscher Polizisten verhindert wird.“

Nach der Androhung der afghanischen Taliban, in diesem Jahr mehr Selbstmordattentate verüben zu wollen, eskaliere die Gefährdungslage der eingesetzten Kolleginnen und Kollegen. Der Anschlag habe dies Politik und Öffentlichkeit eindringlich vor Augen geführt. Es sei dringend notwendig, so Freiberg, neben einer fortwährenden Verbesserung der Schutzmaßnahmen und Schutzausstattung zentrale Sicherheitsanalysen und eine eindeutige zentrale Koordination sicherzustellen.

Freiberg: „Militärische Lagebilder allein können keine Basis für den Einsatz deutscher Polizistinnen und Polizisten sein. Die Lagebilder müssen um polizeitaktische sowie um politische Analysen ergänzt werden. Die Kolleginnen und Kollegen, aber auch deren Angehörige, erwarten Schutz und Hilfe vor Ort – und das rund um die Uhr.“

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190